



---

---

**Rede von**

**Dr. Norbert Walter-Borjans**

**Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Zum Thema Abbau der kalten Progression**

Düsseldorf, Mittwoch, 20. Mai 2015

**Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Schäuble sagt kalter Progression den Kampf an!“ Das waren die Schlagzeilen vor einigen Wochen. Wer das gelesen hat, der muss die Vorstellung von einem heldenhaften Kampf gegen ein frostiges Steuersystem vor Augen gehabt haben. Wer jedoch die Zeitungen nicht nur von vor einigen Wochen, sondern schon etwas früher gelesen hat, der weiß, dass es im Dezember letzten Jahres noch hieß: Wolfgang Schäuble sagt, es gibt keine kalte Progression. Und wo sie entstehen könnte, wird sie durch die Erhöhung des Grundfreibetrages überkompensiert.

Das war im Dezember 2014, und das war der Grund, warum die CDU seinerzeit dem Antrag der FDP nicht gefolgt ist. Erst jetzt, wo der heldenhafte Kampf angesagt ist, sieht das anders aus. Deswegen ist es interessant, sich einmal anzuschauen, worum es eigentlich geht.

Dieser heldenhafte Kampf gegen die kalte Progression bedeutet, dass künftig ein verheiratetes Paar mit einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro monatlich zwei Euro weniger Steuern zu zahlen hat. Bei 50.000 Euro Jahreseinkommen sind es vier Euro, bei 60.000 Euro Jahreseinkommen sechs Euro weniger monatlich. Den immer wieder bekanntgegebenen ständigen Anstieg der Steuerlast gibt es nicht. Wer hat eigentlich in den letzten Jahren in Deutschland die Steuern gesenkt, wenn nicht SPD und Grüne?

(Ralf Witzel (FDP): Grunderwerbsteuer!)

1995 hat ein verheirateter Facharbeiter mit auf heutige Verhältnisse umgerechnet 60.000 Euro Jahreseinkommen von seinem Bruttoeinkommen 15 Prozent an Einkommensteuer bezahlt. Heute sind es 7,5 Prozent. So viel zur kalten Progression, die Jahr für Jahr alles weggefressen haben soll. Das Problem ist ja – das ist doch augenfällig: Wir wollen und wir müssen die Schulden senken. Das tun wir. Wir wollen ab 2020 einen ausgeglichenen Haushalt, und wir müssen ihn auch haben.

In den 90er Jahren und zu Beginn dieses Jahrhunderts waren Steuersenkungen möglich, wenn man es auf der anderen Seite dafür auch in Kauf genommen hat, die Verschuldung zu erhöhen. Das ist dann auch gemacht worden. Das konnte man richtig finden, das kann man auch kritisieren. Es war jedenfalls eine Möglichkeit. Diese Möglichkeit existiert nicht mehr. Deswegen lauten die Fragen heute anders. es ist augenfällig, dass die Infrastruktur renoviert werden muss. Es ist augenfällig, dass wir in die Bildung investieren müssen. Es ist augenfällig, dass wir für die innere Sicherheit etwas tun müssen. Wir haben Flüchtlinge, denen wir helfen müssen.

Wenn dann genügend Luft ist, bei gleichzeitigem Einhalten der Schuldenbremse die Belastung zu senken, ist das völlig okay. Aber es heißt ganz klar: Wer die Bestellung aufgibt, muss auch sagen, wer die Rechnung bezahlt. Denn diese Rechnung würde für Nordrhein-Westfalen bedeuten: Die zwei Euro, die jemand im Monat spart, bedeuten am Ende einen Einnahmeausfall von 100 Millionen Euro im Landeshaushalt und von 80 Millionen Euro in den Kommunalhaushalten.

Dabei habe ich das, was aus dem Landeshaushalt in die Kommunen geht, schon mitgerechnet.

Ich kann mich gut erinnern, dass noch vor kurzer Zeit Herr Abruszat von der FDP eine Anfrage gestellt hat: Wer zahlt eigentlich die Ausfälle der Kommunen, wenn der Grundfreibetrag erhöht wird? – Auf einmal stellt er fest: Dann nehmen ja die Kommunen weniger Steuern ein, und dann muss es doch irgendjemanden geben, der dafür aufkommt. Da sage ich mal: gute Idee! – Wer zahlt die Ausfälle, wenn das Land 100 Millionen Euro Einnahmen weniger hat und die Kommunen 80 Millionen Euro? Wenn es dafür Ideen gibt, wenn das Ganze gedeckelt ist, dann können wir die Schuldenbremse einhalten, und dann können wir investieren, wo wir investieren müssen.

Dann können wir den Menschen gegenüber das leisten, was der Staat leisten soll, denn der Staat ist nicht irgendjemand anders als die Bürgerinnen und Bürger. Der Staat, das sind die Bürgerinnen und Bürger. Sie haben Erwartungen an uns. Diese Erwartungen werden wir erfüllen. Wenn wir dabei Lasten senken können, dann tun wir das. Wenn das nicht geht, sind wir auch ehrlich, das zu sagen. Oder aber es gibt jemanden, der einen anderen Vorschlag macht, und derjenige hat dann auch Ideen für die Finanzierung. Darüber reden wir. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)